No. 448. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 23. September 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sorauerstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Ryfestraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Erzähltes und Verschwiegenes.

Der Verwalter des Reichsdefizits und Reformator der zerrütteten Reichsfinanzen Herr Sydow hat, wie unsere Leser aus dem heutigen Morgenblatt wissen, einen Teil seines „Reform"-Programms enthüllt. Wir stellen nach seinen eigenen Angaben als Momente seines Reformprogramms fest, daß er neue oder erhöhte Steuern braucht, weil folgende Aufgaben vorliegen:

1. Die bisherigen Fehlbeträge sollen beseitigt werden.
2. Die im letzten Zollgesetz vorgesehene Witwen- und Waisenversicherung soll in Szene gesetzt werden.
3. Die Reichsbeamtengehälter sollen erhöht werden.
4. Der Reichsinvalidenfonds braucht Zuschüsse.
5. Die Schuldentilgung erfordert erhöhte Zuschüsse.
6. Die gestundeten Matrikulärbeträge sollen abgelöst werden, das heißt den Einzelstaaten wird nicht mehr gepumpt.
7. Die Zuckersteuer soll beseitigt oder ermäßigt werden.
8. Die Fahrkartensteuer soll, was sie als Scheusal verdient, in die Wolfsschlucht geworfen werden.

Decken sollen den dazu erforderlichen Bedarf von zirka 500 Millionen Mark jährlich:

1. Die höhere Besteuerung des Branntweins, wobei Herr Sydow die Frage offen läßt, ob er nicht das Branntweinmonopol vorschlagen wird, natürlich unter einer Millionenablösungsliebesgabe für die Agrarier.
2. Die Erhöhung der Biersteuer.
3. Die Erhöhung der Tabaksteuer.
4. Die Besteuerung der Erbfälle unter der in Preußen-Deutschland üblichen Bevorzugung des Grundbesitzes, der die Steuer als Rente, das heißt, in Ratenzahlungen leisten soll, während die nicht-agrarischen Erben die Steuer in bar blechen müssen.
5. Schaum- und „stille" Weine sollen höher besteuert werden, damit das Ganze nicht so aussieht, als ob nur das Bier, der Schnaps und das „Pfeifchen des armen Mannes" höher besteuert werden sollen.
6. Die Matrikularbeiträge sollen pro Kopf der Bevölkerung der Einzelstaaten erhöht werden.

Das sind ungefähr die Steuern, die Herr Sydow in seiner „unamtlichen Denkschrift" als seine Reformsteuern verraten hat. Daneben redet er allgemein und unbestimmt noch von „anderen" Steuern, die er in petto hat, falls ihm seine herrlichen Pläne durchkrenzt oder bis zur Unergiebigkeit zugestutzt werden sollten. Warum aber, so müssen wir fragen, ist er wegen dieser „Eventual"-Steuern so schweigsam? Wie steht's mit der Elektrizitätssteuer? Und war nicht von der Inseratensteuer die Rede, die noch unpraktischer, verkehrs- und handelsfeindlicher, chikanöser und vexatorischer als die Fahrkartensteuer ist, die Herr Sydow jetzt glücklich fallen lassen will?!

Warum läßt man die Interessenten, die sich hier einer eventuellen Schröpfung ausgesetzt sehen werden, im Unklaren? Haben sie nicht dasselbe Recht, sich zu rechter Zeit zur Wehre setzen zu können wie die anderen, die man bluten lassen will?

U. A. w. g.

Eine neue Katastrophe
in der französischen Marine.

Die schweren Unglücksfälle in der französischen Kriegsmarine hören nicht auf; wieder kommt die Meldung von einer schrecklichen Geschützexplosion im Hafen von Toulon. Das Telegramm besagt:

Auf dem Kreuzer Latouche-Tréville ereignete sich eine Geschützexplosion. **Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß.** Die Opfer der Katastrophe wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Weiter wird aus Toulon gemeldet:

Durch die Geschützexplosion auf dem Kreuzer Latouche-Tréville, die sich bei Salins d'Hyères ereignete, wurden **9 bis 13 Mann getötet und zwei tödlich verletzt.** — Der Marineminister ist von Paris nach Toulon abgereist.

Der Marinepräfekt in Toulon hat das Zeugenverhör betreffend die Geschützexplosion an Bord des Kreuzers Latouche-Tréville begonnen. Die Explosion soll durch die Entzündung einer Kartusche hervorgerufen worden sein, sie würde also eine ähnliche Ursache haben wie der Unfall an Bord des Schiffes Couronne. Wie bei jener Explosion stammen fast alle Opfer aus der Bretagne.

Eine große Menge wartet am Strande und verlangt von der Marinepräfektur Auskunft. Da diese es verweigerte, die Einzelheiten des Vorfalls und die Namen der Verunglückten bekanntzugeben, ereigneten sich mehrere Zwischenfälle und es werden Anschuldigungen erhoben wegen des Schweigens der Präfektur.

Budapest, 22. September. Abgeordnetenhaus. Bei der Einbringung des Budgets erörterte Ministerpräsident Dr. Wekerle die Finanzlage. Er wies dabei auf die bedeutende Steigerung der Ausgaben hin, die zur Folge habe, daß die Einnahmen höher veranschlagt werden mußten. Dies sei durchaus gerechtfertigt, da der Voranschlag für 1909 hinter den effektiven Einnahmen von 1907 um 53 Millionen zurückbleibe. Bezüglich der Anleihen sagt der Ministerpräsident, der Reichstag habe Kredite in Höhe von 305 Millionen bewilligt. Das Erfordernis für die Eisenbahninvestitionen sei aus den laufenden Einnahmen gedeckt, was das günstigste Zeugnis für die solide Ordnung des Staatshaushalts sei.

Oskar II. und die Presse.

Die gegenwärtige Tagung des 12. Internationalen Pressekongresses erinnerte an den vierten Kongreß in Stockholm, an den Empfang dieses Kongresses beim König Oskar II und an die Ansprache, die der König bei der Gelegenheit hielt. In dieser hieß es unter anderem:

„Unter den Einrichtungen der modernen Zeit nimmt die Tagespresse unbestreitbar einen der hervorragendsten Plätze ein. Die Kraft, die sie besitzt, scheint geradezu unermeßlich, und wie die Presse sich ihrer hohen Verantwortlichkeit bewußt bleibt, welche die unvermeidliche Folge davon ist, so muß sie gewiß als eine große Wohltat für die menschliche Gesellschaft betrachtet werden."

Der König begrüßte die Teilnehmer im Namen seines Volkes und fügte hinzu: „Schweden ist eines der Länder, wo die konstitutionellen Freiheiten die ältesten sind und die am tiefsten wurzeln. Mit seiner Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit hat dieses Land jedoch immer die Achtung vor dem Gesetz und der loyalen Gesinnung zu verbinden gewußt. Einst wurden die schwedischen Fahnen sehr weit über die Grenzen des Vaterlandes hinausgetragen, aber die Ereignisse dieser ruhmvollen, doch nicht immer glücklichen Zeiten sind jetzt nur noch eine Erinnerung. In der Tat hat dieses von den alten Wickingern abstammende Volk in unseren Tagen keinen anderen Ehrgeiz, als den nach dem Ruhme friedlicher Eroberungen und nach Triumphen der Kultur ..."

Noch eine charakteristische Episode von jenem Abend auf Drottningholm ist bemerkenswert: der König sah unter seinen Gästen auch den hervorragendsten sozialdemokratischen Publizisten Schwedens; er reichte diesem „Hofgänger" die Hand und sagte: „Es ist recht, daß auch Sie zu mir gekommen sind — wir wollen ja schließlich beide nur das Beste des Volkes."

Die Jenenser Lehrfreiheit.

Aus Jena, 22. September, wird uns berichtet: Auf dem am 27. September hier beginnenden 2. Deutschen Hochschullehrertag steht an erster Stelle ein Vortrag des Professors v. Amira-München über „Die Stellung des akademischen Lehrers zur Freiheit in Forschung und Lehre" auf der Tagesordnung. Da in letzter Zeit durch eine Veröffentlichung des Professors Max Weber-Heidelberg dem Zweifel Ausdruck gegeben wurde, daß in Jena die Lehrfreiheit gewährleistet sei, wird es interessieren, die Bestimmungen kennen zu lernen, die seinerzeit Professor Abbe aufgestellt hat, um eben diese Lehrfreiheit mit sicheren Kautelen zu umgeben. Es handelt sich dabei um Bedingungen, die an die Bewilligung von Mitteln der von Abbe begründeten Carl Zeiß-Stiftung an die Universität zur Regulierung der Professorengehälter geknüpft worden sind. Sie lauten in ihrem entscheidenden Teile:

„Im übrigen dürfen Leistungen gemäß Artikel 9 auf den Universitätsfonds nur solange übernommen, und früher übernommene wiederkehrende nur solange fortgesetzt werden, als die Dozenten der Universität Jena (dem bisherigen Rechtszustand gemäß) volle Lehrfreiheit genießen und in der Ausübung der allgemeinen staatsbürgerlichen und persönlichen Rechte nicht beschränkt sind.

Als dieser Bedingung zuwidergehend ist jedoch nicht anzusehen eine Verpflichtung der Professoren der theologischen Fakultät im Lehrauftrag zur Vertretung der Lehren der evangelischen Kirche sowie auch nicht der Erlaß und die Anwendung von Vorschriften über das dienstliche Vorgehen gegen Dozenten wegen Verletzung der aus dem akademischen Amt sich ergebenden Pflichten, wegen Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesetze und wegen eines sittlich anstößigen Lebenswandels oder wegen Handlungen, die der bürgerlichen Ehre Abbruch tun.

Der deutsche Hochschullehrertag wird wohl in eine Prüfung der Frage eintreten, ob sich danach die Ansicht des Professors Max Weber-Heidelberg aufrecht erhalten läßt.

Die deutsche Antwort.

Aus Paris meldet uns ein Telegramm: Ueber die deutsche Antwortnote veröffentlicht der „Matin" einen Artikel, worin es heißt, Frankreich werde sich nicht weigern, zu diskutieren, aber unter der Bedingung, daß sich die Diskussion in dem Rahmen der Algeciras-Akte halte. Frankreich verlange die Ableugnung des heiligen Krieges durch Muley Hafid, und dieser Punkt scheine in Deutschland Mißbehagen hervorgerufen zu haben. Französischerseits sei man bereit, diese Forderung fallen zu lassen und sich mit einem Versprechen Muley Hafids zu begnügen. Was die Räumung des Schaujagebietes betreffe, so liege in dieser Hinsicht ein Versprechen vor, das die französische Regierung dem Parlamente gegeben, und die beschleunigte Zurückziehung der französischen Truppen hänge ausschließlich von der Haltung des Sultans ab. Frankreich werde in dieser Frage keine Einmischung des Auslandes dulden. Frankreich wolle sein Recht behaupten und genau so vorgehen, wie es andere Mächte an seiner Stelle tun würden.

Das Schicksal der Arbeitskammervorlage.

Bekanntlich ist die Arbeitskammervorlage am 4. Februar d. J. dem Bundesrat zugegangen und von demselben einem besonderen Ausschuß zur weiteren Beratung, Ausarbeitung und Ergänzung überwiesen worden. Wie nun die Berliner Universalkorrespondenz von gut unterrichteter Seite hört, soll die Vorlage seitens des Ausschusses einer durchgreifenden Aenderung unterworfen worden sein. Die Anlehnung an Berufsgenossenschaften dürfte in Wegfall kommen, der Wahlmodus für Arbtitervertreter geändert werden. Dagegen bleiben die paritätisch angeordneten Arbeitskammern und das Berufsprinzip für die Bildung der Kammern bestehen. Da die Vorarbeiten zur Umänderung der Vorlage sehr umfangreich sind, dürfte die Erledigung durch den Bundesrat und die Einbringung in den Reichstag erst gegen Weihnachten erfolgen.

Die slowenischen Exzesse.

Aus Laibach wird gemeldet: Das Leichenbegängnis der Exzesse gestaltete sich unter Teilnahme des gesamten Gemeinderats, zahlreicher Deputationen in Trachten und vieler tausender von Menschen in Trauerkleidern zu einer großen nationalen Demonstration; es wurden Ansprachen gehalten. Ausschreitungen kamen nicht vor.

Das offiziöse „Wiener k. k. Telegr.-Korresp.-Bureau" teilt mit: „Die Regierung hat dem Landespräsidenten von Krain Weisung erteilt, mit aller Entschiedenheit Vorkehrungen zu treffen, um die Sicherheit der Person und des Eigentums in Laibach unbedingt zu verbürgen. Es ist dem Landespräsidenten besonders aufgetragen worden, dafür zu sorgen, daß jedem die freie Ausübung seiner Privatgeschäfte gewahrt und jeder ungesetzlichen Pression auf Bewohner der Stadt entgegengetreten werde. Zu diesem Zwecke sollen auch alle Ansammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen ausnahmslos verhindert werden. Nach den Personen, die unter Anwendung gesetzwidriger Mittel einen Terrorismus auf einzelne Bürger, insbesondere durch die Beseitigung von Firmenschildern ausgeübt oder sich überhaupt an den Exzessen beteiligt haben, ist eifrigst Nachforschung zu halten und gegen die Schuldigen mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorzugehen. Sollten sich Anzeichen irgendwelcher neuen Ausschreitungen bemerkbar machen, so hat die Landesregierung die unmittelbare Leitung der Polizeigewalt in die Hand zu nehmen. Die Regierung wird jedenfalls alle geeigneten Mittel ergreifen, um eine Wiederholung derartiger beklagenswerter Vorgänge hintanzuhalten und in Laibach geordnete Verhältnisse dauernd sicherzustellen.

Die türkische Anleihe.

Die „Kölnische Zeitung" erfährt aus Konstantinopel, daß die neue türkische Anleihe im Betrage von 3.800,000 türkischen Pfund mit einer französischen Gruppe und der Ottomanbank abgeschlossen sei. Die Ausgabe erfolgt in Konstantinopel, Paris und London. Als Sicherheit für die Anleihe dienen die Ueberschüsse aus Zolleinnahmen in Smyrna und Saloniki, falls diese nicht genügend sind, auch noch die Generaleinkünfte des Reiches. Zahlreiche Pariser und auch deutsche Banken haben sich bereit erklärt, sich an weiteren Anleihen des Staates zu beteiligen. Die Regierung ist mit der Aufstellung eines vorläufigen Haushaltungsplanes für das nächste Rechnungsjahr beschäftigt.

Die Pforte und Bulgarien.

Der heute stattfindende Besuch des Fürsten Ferdinand in Budapest gibt der österreichisch-ungarischen Regierung Gelegenheit, der Pforte den guten Rat zu erteilen, recht bald wieder mit Bulgarien sich auf einen guten Fuß zu stellen. Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt" schreibt:

Am Mittwoch wird Fürst Ferdinand von Bulgarien in Budapest mit allen einem Souverän zukommenden Ehren empfangen werden. Der Fürst fand schon in früheren Jahren wiederholt an unserem Hofe eine auszeichnende Aufnahme, die ein Ausdruck der Anerkennung war für seinen mäßigenden Einfluß auf die äußere Politik Bulgariens, für seine hervorragende Mitwirkung an der kulturellen Entwickelung des Fürstentums, für seine ganze besonnene und im Dienste des Friedens auch selbstlose Haltung. Der diesmalige Empfang fällt in eine Zeit, da in die Beziehungen Bulgariens zur Türkei eine gewisse Spannung gekommen ist, und wird hoffentlich die Wirkung haben, diese Beziehungen in günstigem Sinne zu beeinflussen. Das „Fremdenblatt" bespricht sodann den Fall Geschow und führt mehre Momente an, die dafür sprechen, daß die Türkei die heutige staatsrechtliche Stellung Bulgariens bereits bei mehreren Gelegenheiten indirekt anerkannte. Zum Schluß sagt das Blatt: Der Empfang in Budapest wird die offensichtlichen Konstantinopeler Bemühungen erleichtern, aus der etwas verwickelten Situation einen für beide Teile befriedigenden Ausweg zu finden.

Nach einer Konstantinopeler Meldung hat die Pforte wegen der militärischen Besetzung der bulgarischen Orientbahnlinie durch bulgarische Truppen in Bulgarien Schritte unternommen.

Nach Angaben der Pforte hat Rußland sowohl der türkischen wie der bulgarischen Regierung eine Regelung des Zwischenfalles Geschow empfohlen.

Die neuen Besoldungen der Reichspostbeamten.

Keine Behörde im Reiche und in Preußen bezahlt ihre Beamten so schlecht wie die Reichspost. Während zum Beispiel der mittlere Beamte in den preußischen Ressorts schon heute auf 4200 Mark durchschnittlich kommt und auf 5000 bis 6000 Mark im Gehalte kommen kann, ist es bei der Post trotz ihrer hohen Ueberschüsse einem mittleren Beamten nur möglich, ein Höchstgehalt von 3300, im günstigsten Falle von 4200 Mark zu erhalten. Aehnlich wie bei der mittleren steht es bei der höheren Karriere.

Der Durchschnittsbeamte der mittleren Karriere bei der Post steht bei einem Alter von 30 Jahren in einem Gehalte von 2100 Mark, ist er jung eingetreten und strebsam gewesen, so kann er in diesem Alter auch 2400 Mark verdienen. Bei 200 Mark Monatseinkommen im Alter von 30 bis 33 Jahren heiraten die meisten mittleren Postbeamten, und es geht ihnen bei der Teuerung selbstverständlich dabei nicht glänzend. Der vorgesetzten Behörde sind diese Zustände bekannt, aber trotz allem konnte (oder wollte?) sie es nicht durchsetzen, daß bei der neuen Gehaltsregulierung die mittleren Postbeamten den preußischen Kollegen gleichgestellt werden, obgleich angeblich Reich und Preußen in der Festsetzung der Skalen Hand in Hand gearbeitet haben wollen.

In Preußen erhalten heute die Kalkulatoren und Registratoren 3000 bis 6000 Mark, **die Oberpostsekretäre aber nur 2100 bis 4200 Mark.**

Man sollte denken, daß die Gehaltsreform einen Ausgleich schaffen würde, aber weit gefehlt. Ganze 300 Mark werden den Oberpostsekretären zugelegt, und ihre Skala beträgt 2100 bis 4500 Mark! Selbst der Postinspektor, ein höherer Beamter, steht schlechter als ein preußischer Subalternbeamter; er erhält jetzt 2500 bis 4200 Mark und soll 2500 bis 5000 Mark erhalten.

Die übrigen mittleren Postbeamten werden wie folgt benachteiligt: der preußische Kanzleisekretär erhält durchschnittlich 1800 bis 4000 Mark, der preußische Sekretär kann aber ausnahmsweise bis auf 4800 Mark steigen, der Postsekretär erhält 1700 bis 3500 Mark und soll erhalten 1800 bis 4000 Mark. Zu berücksichtigen ist, daß der Postsekretär nur sehr selten weiter steigen kann. Die preußischen Assistenten und Kanzleibeamten erhalten durchschnittlich 1800 bis 2700 Mark. Der Postassistent, Oberpostassistent und Postverwalter 1500 bis 3000 Mark. Sie stehen sich also gleich, doch darf nicht vergessen werden, daß preußische Kanzleibeamte, also eine Zwischenstufe zwischen Unter- und mittleren Beamten, gleichbewertet werden mit den mittleren jungen Postbeamten und sogar besser stehen als die Postgehilfen, das heißt die zukünftigen Postassistenten, die auf 1200 bis 1500 Mark Diäten stehen. In Zukunft sollen die Postassistenten auf 1650 bis 3300 Mark gestellt werden, eine Summe, die bei den hohen Anforderungen, die man an sie im Examen stellt, zu niedrig ist.

Die Postunterbeamten können sich gleichfalls mit ihren preußischen Kollegen nicht vergleichen. Der Briefträger erhält jetzt 900 bis 1500 Mark (auf dem Lande nur 800 bis 1000 Mark), der preußische Unterbeamte 1200 bis 1800 Mark. Die Briefträger sollen in Zukunft erhalten: für das Land 1000 bis 1500 Mark, für die Stadt 1100 bis 1600 Mark, die preußischen Unterbeamten erhalten 1400 bis 2000 Mark. Die Postunterbeamten auf dieses Gehalt zu stellen, hat man abgelehnt, nur die „gehobenen Beamten“ sollen es erhalten. Dafür hat man mit ihnen etwas ganz Besonderes vor. Man will sie beispielsweise für den „einfachen Schalterdienst“ verwenden.

Als Kuriosum sei erwähnt, daß in Zukunft in Preußen ein 82jähriger Unterbeamter 1500 Mark erhalten kann, der gleichalterige mittlere Postbeamte aber mit 1800 bis 2100 Mark abgespeist wird.

Der Postrat erhält im hohen Alter 7200 Mark, der Postdirektor höchstens 5400 Mark, die Bureauvorsteher der preußischen Ministerien aber 6600 bis 7200 Mark. Diese Bureauvorsteher sind mittlere Beamte, sie stehen aber über dem höheren Postbeamten, und der Postdirektor mit seinen 5400 Mark steht unter dem Registrator mit 6000 Mark Höchstgehalt.

Die preußischen Besoldungsvorlagen werden das Licht der Oeffentlichkeit zuerst erblicken. Der Reichstag wird also bis zur Vorlegung der Reichsbeamtengesetze Zeit haben, sich auszurechnen, wie die mit den preußischen Beamten angeblich gleichzustellenden Reichsbeamten zu dotieren sind. Es wird auch in Zukunft im Reiche höhere Beamte geben, die viel schlechter gestellt sind als in Preußen die mittleren. In Preußen wird es Unterbeamte geben, die mehr verdienen als im Reiche mittlere Beamte. Für die Postbeamten nichts weniger als ermutigend!

Sprachkundige Postbeamte.

Als Zeichen für den vorwärtsstrebenden Geist in unserer mittleren Beamtenwelt sei erwähnt, daß das Postamt für den interparlamentarischen Friedenskongreß und für den Pressekongreß im Reichstage mit einer Anzahl französisch, englisch und russisch sprechender mittleren Postbeamten besetzt ist. Auch das Postamt beim Gordon Bennett-Fliegen im Oktober wird mit solchen Beamten besetzt werden.

Bemerkt sei, daß die Zahl der eine fremde Sprache sprechenden Postbeamten nicht gering ist.

Die in diesen Tagen hier anwesenden ausländischen Kongressisten waren sehr angenehm berührt, mit deutschen Postbeamten in ihrer Muttersprache verhandeln zu können, und sprachen sich über diese deutsche Courtoisie sehr lobend aus, zumal die Postbeamten anderer Länder nur sehr selten mehr als ihre Muttersprache beherrschen.

12. Internationaler Pressekongreß.

Der Kongreß hielt heute seine zweite gut besuchte Arbeitssitzung ab. Zunächst gab der Schriftführer der Internationalen Preßvereinigung, Viktor Taunay einige Ergänzungen zum Jahresbericht. Er teilte mit, daß der Vertreter Ungarns, Rakoczy zu seinem Leidwesen verhindert sei, dem Kongresse beizuwohnen, ebenso der Vertreter Italiens, Cantalupi, der auf der Reise nach Berlin infolge eines Krankheitsfalles in seiner Familie in Wien zurückgehalten worden sei. Der Redner verlas weiter ein Telegramm von Jules Claretie, dem Direktor der Comédie Française, worin er sein lebhaftes Bedauern ausdrückt, durch unaufschiebbare Geschäfte verhindert zu sein, nach Berlin zu kmmen, und dann mit dem Kongreß nach der Stadt Goethes zu fahren.

Erster Gegenstand der Tagesordnun war der

Ausbau der Standesgerichte der Presse.

Der Berichterstatter Viktor Taunnay hob den Zusammenhang dieser Frage mit der umfassenderen Frage der Würde der Presse hervor und wies auf die Ergänzung des vorliegenden Themas durch die späteren Beratungen über die Tätigkeit der Pressesachverständigen und die Errichtung journalistischer Schiedsgerichte hin.

Er verlas dann das in französischer Sprache abgefaßte Referat, das der Vorsitzende des Kongresses, Singer in deutscher Uebersetzung vorlegte. Zum Schlusse wies der Referent darauf hin, daß die journalistischen Ehrengerichte kein Gesetzbuch mit Hunderten von Paragraphen schaffen, sondern nur eine Art eines freien Geschworenengerichts bilden sollen, das das Recht der Presse nach den Grundsätzen von Treu und Glauben, nach Vernunft, Menschlichkeit und Gerechtigkeit weiterbilde. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution wurde ohne Debatte angenommen. — In Ergänzung zu diesem Gegenstand trug Otto Nino Raimondi (Mailand) einen Bericht des Herrn Cantalupi über die

Tätigkeit der Preßschiedsgerichte in Italien

vor.

Der Referent hat in seinen einleitenden Ausführungen einen sehr interessanten Ueberblick über die Umwälzung des Journalismus und der Stellung des Journalisten durch die moderne Entwickelung des Zeitungswesens gegeben. Cantalupi verspricht, ein von ihm begonnenes Werk, das eine Uebersicht über all die getroffenen Entscheidungen gibt, sobald wie möglich fertigzustellen.

Dieser Gedanke wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Kongreß beschloß, den Vorstand zu bitten, womöglich schon dem nächsten Internationalen Pressekongreß einen vollständigen Kodex des modernen Journalistenrechts vorzulegen.

Hierauf schritt man zur wichtigsten Frage der Tagesordnung, zur Frage des

journalistischen Berufsgeheimnisses.

Den Bericht für Deutschland hat der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Georg Schweitzer (Berlin) erstattet. Er geht von dem Satze aus, der von so vielen internationalen Pressekongressen bereits anerkannt sei, daß das Berufsgeheimnis des Redakteurs unverletzlich sei. Kein Journalist wird freiwillig das Berufsgeheimnis brechen; denn wenn er dies täte, würde er nicht nur die Ehre des Journalismus verletzen, sondern auch die Lebensbedingungen der Presse schädigen. Eine große Gefahr droht jedoch dem Berufsgeheimnis durch die vielfachen, auch in Deutschland noch bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen des Journalisten zur Zeugnisablegung in Sachen, in denen er ohnedies die Verantwortung in juristischem Sinne trägt. Der Zeugniszwang ist unwürdig für die Mitglieder des journalistischen Berufes, er schädigt auch die Interessen des Standes. Die große Bedeutung der Presse für den kulturellen Fortschritt und die erfolgreiche Mitarbeit auf jedem Gebiet des menschlichen Wissens ist heutzutage hinreichend anerkannt. Die Presse kann jedoch ihre hohen Aufgaben in vollkommener Weise nur dann erfüllen, wenn ihre Anonymität unter allen Umständen gewahrt wird. Verletzt der Staat diese, so hemmt er den Kulturfortschritt. Deshalb ist zu fordern, daß die Journalisten gesetzlich zu den Personen zugezählt werden, die ein berufliches Recht auf Wahrung des Berufsgeheimnisses haben, den Geistlichen, den Verteidigern und den Aerzten. Die Verleihung dieses Rechtes setzt allerdings eine straffe Organisation, die Errichtung ständiger Ehrengerichte und ein hohes Gefühl für die journalistische Ehre bei allen Mitgliedern des Berufes voraus. In Deutschland sind die Bemühungen zur Beseitigung des Zeugniszwanges insofern von Erfolg gewesen, als der neue Entwurf der Strafprozeßordnung in § 49 den Zeugniszwang erheblich einschränkt und weit bessere und würdigere Zustände schafft als bisher.

Aus dem Bericht für Oesterreich von dem Präsidenten Singer ist ein Brief des Justizministers Klein hervorzuheben, in dem dieser seine Auffassung dahin kundgibt, daß in Oesterreich schon auf Grund des geltenden Rechtes ein Zeugniszwang, der zu Härten führt, nicht möglich sei. Denn abgesehen von besonders wichtigen Fällen, könne jeder Zeuge sich der Aussage enthalten, wenn die Ablegung des Zeugnisses ihm bedeutenden oder unmittelbaren Vermögensnachteil zuziehen oder Schande bringen würde. Diese Bestimmung decke den Journalisten bei der Wahrung des Berufsgeheimnisses.

Ueber die Frage entspinnt sich eine sehr lebhafte Diskussion. Redakteur Fischer (Belfast, Irland) erklärt, daß die englischen Kollegen zu dieser Frage wenig zu sagen hätten. England hat keine Untersuchungsrichter, und der ordentliche Richter erlaube jedem Zeugen, der gute Gründe dafür vorbringt, einen Namen geheimzuhalten. Daher entfalle für England die Frage des Zeugniszwanges. Der offizielle „Reporter of the House of Lords“ Artur Walter ergänzt diese Ausführungen dahin, daß irgend eine Ausnahme von dem commun law, von dem allgemeinen Recht, für die Journalisten nicht gefordert werden könne. In England sei es Staatsgrundsatz, daß alle Bürger gleiche Rechte und gleiche Verantwortung trügen. Der Journalist sei demnach rechtlich voll verantwortlich für das, was er verantwortlich zeichne, wie jeder andere Staatsbürger auch. So wie keinen anderen Staatsbürger werde auch ihn kein Richter zwingen, Aussagen zu machen, die gegen das Berufsgeheimnis verstoßen. Raqueni (Paris) bringt den Antrag ein, der Kongreß möge die Presse der ganzen Welt auffordern, eine energische Agitation zur Beseitigung des Zeugniszwanges einzuleiten. Redakteur Stoffers (Düsseldorf) und v. Winternitz (Wien) polemisieren gegen die Ausführungen der englischen Redner.

In Deutschland wird es unmöglich sein, die ganze Frage des Zeugniszwanges ins freie Ermessen des Richters zu stellen. Nielsvogt (Christiania) berichtet über einen aktuellen Zwang des Zeugen zur Auskunft aus Norwegen. Dort versuchte man einen Redakteur zu zwingen, Auskunft zu geben über die Herkunft von Notizen über militärische Uebungen, und es wurden ihm Strafen von 100 Mark, von 1000 Mark und von drei Monaten Gefängnis angedroht, falls er die Auskunft verweigere. Gegenüber der Entrüstung der Oeffentlichkeit habe schließlich der Justizminister, der zugleich Kriegsminister sei, eingelenkt.

Redakteur Burlumi (London) bestätigt die Ausführungen seiner englischen Kollegen, daß in England der Richter fast allmächtig sei, aber die Würde der Presse voll achte. Im Interesse der anderen Länder ist er bereit, der Resolution und den Schlußforderungen des Zentralcomités über die Unverletzlichkeit des Berufsgeheimnisses zuzustimmen.

Schuster (Schweden) betont, daß Schweden seit 100 Jahren ein Gesetz habe, das die ausschließliche Verantwortung desjenigen festsetzt, der einen Artikel oder ein Blatt verantwortlich zeichnet.

Redakteur Stolz (Augsburg), Mitglied des Arbeitsausschusses, legt dar, daß die Situation in bezug auf den Zeugniszwang sich in letzter Zeit in Deutschland wesentlich zugunsten der Presse geändert habe. Der Fortschritt zeige sich darin, daß der Zeugniszwang immer seltener werde und eine Anzahl von bereits eingeleiteten Verfahren wieder rückgängig gemacht worden sei. In Bayern hätten das Ministerium und der oberste Gerichtshof allgemein die Staatsanwälte angewiesen, nur im Falle absoluter Notwendigkeit zum Zeugniszwang zu greifen. Auch der Entwurf der neuen Strafprozeßordnung komme der Presse ziemlich weit entgegen. Hiermit wurde die Diskussion geschlossen.

Die Versammlung nahm einstimmig die Resolution Raqueni und die Schlußforderungen des Zentralcomités über die Unverletzlichkeit des Berufsgeheimnisses an. Auf Antrag von Bronner (Lüttich) wurde dann beschlossen, eine Sammlung der Statuten der Preßvereinigungen in den einzelnen Ländern herzustellen und dem nächsten Internationalen Pressekongreß zur Ergänzung vorzulegen. Damit hatte die Sitzung, deren Vorsitz Secertan aus Lausanne, der Vizepräsident für die Schweizer, führte, ihr Ende erreicht.

An die Sitzung schloß sich eine Rundfahrt im Automobil durch Berlin. Sie ging vom Reichstagsgebäude aus, berührte die Arbeiterviertel im Norden der Stadt, ging dann durch den Osten und die Altstadt nach dem Süden bis zum Kreuzberg und dann westlich zurück nach dem Reichstagsgebäude. Abends findet im königlichen Opernhause die Festvorstellung von „Sardanapal“ statt.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhause

spielten sie gestern Max Dreyers Junggesellenschwank „Großmama“, der nach dem bewährten Schwankrezepte, einen von Schrullen besessenen Menschen im letzten Akte umschlagen zu lassen, einen Ehefeind zu einem Ehemann macht. Da sich der Humor rasch zu erschöpfen pflegt, wenn sich nur immer eine bestimmte Verrücktheit einer bestimmten Person auspoltert, und da es besonders Max Dreyer nie verstanden hat, am rechten Punkte Halt zu machen, so geriet die lustig ausholende Posse bald auf flaches Terrain, und die Stimmung sank merkbar dicht an den Nullpunkt. Rudolf Werner, der für die brave und bodenständige norddeutsche Männlichkeit sein besonderes Naturell hat, und der auch Humor genug ausschütten kann, um einen Narren nicht zum Tölpel versimpeln zu lassen, hielt im Verein mit dem äußerst diskreten und geschmackvollen Komiker Arnold die abflauende Komödie nach Kräften in Bewegung und Sturm. Neben ihnen mühten sich Marie Immisch, Elfriede Heisler und Georg Baselt mit wenig ergiebigen Rollen ab, und wenn der gehörige Schwung trotzdem versagte, so lag das wirklich nur an der allzu sparsamen Wirtschaft des Dichters.

K.

Die geplante Theaterbauordnung,

die zur Ergänzung der Polizeiverordnung vom 21. Oktober 1889 erlassen werden soll und zurzeit der Akademie des Bauwesens zur Begutachtung vorliegt, ist nach dem Urteil des Organs der Berliner Architekten für Berlin undurchführbar. Einheitlich sind die Bestimmungen über Theaterbauten, jedoch verliert der Entwurf durch die Schärfe der Bestimmungen seinen Wert. Es würde zum Beispiel in Zukunft in Berlin überhaupt nicht mehr möglich sein ein bereits zu anderen Zwecken errichtetes Gebäude zu Theaterzwecken zu verwenden. Theater dürften danach künftig nur auf freien Plätzen gebaut werden, denn was der Entwurf fordert, daß ein nicht freiliegendes Theatergebäude ringsum Gänge haben muß, die neun Meter Breite bis zur nachbarlichen Brandmauer aufweisen, ist für Berlin unmöglich. Die Theater in anderen Ländern sind, wie das Blatt erklärt, zum größten Teil so winklig und verbaut, daß wir mit unseren Theatergebäuden, was die Feuersicherheit anbetrifft, entschieden an der Spitze marschieren.

Den siebzigsten Geburtstag begeht am Freitag der geschätzte Berliner Komponist und Musikschriftsteller Professor Ernst Eduard Taubert. Er ist am 25. September 1838 zu Regenwalde in Pommern geboren. Schon als Student, während er sich der Theologie und Philologie widmete, war er Schüler von Albert Dietrich. In Berlin arbeitete er unter Leitung von Friedrich Kiel und ging nun ganz zur Musik über. Unter seinen Tondichtungen sind vielgesungene Lieder, Klavierstücke und Kammermusikwerke. Erinnert sei hier nur an sein Streichquartett in D-moll, an eine Serenade für Blechinstrumente und an die Klaviersuite op. 40. Im Jahre 1899 wurde ihm der Professortitel verliehen, und seit zwei Jahren ist Taubert Mitglied der Berliner Akademie der Künste in der Abteilung für Musik.

Unheilige Bildwerke an heiligen Orten.

Ein Dr. Witkowski hat in französischer Sprache ein sehr unterhaltendes Buch veröffentlicht: es handelt von den satirischen und manchmal geradezu unzüchtigen Phantasien, die unsere frommen Ahnen sich erlaubten, wenn sie die Kirchen mit Bildwerken schmückten. In Frankreich waren die Bildschnitzer Freunde einer grobsinnlichen Kunst und grotesker oder derber Scherze; der heilige François de Sales nannte das: Gott „à la Gauloise“ behandeln. In der Hauptkirche zu Amiens schmückte man die Chorstühle mit geschnitzten Bildern galanter Frauen, die ganz entkleidet in eine Badewanne stiegen; halb entkleidete Männer schauten dem interessanten Vorgang mit entzückten Blicken zu. Säulenkapitäle zeigten den Kampf zweier Ehegatten, die sich gegenseitig das Symbol der ehelichen Würde, die Hose, zu entreißen suchten. In der Saint-Seurin-Kirche zu Bordeaux sieht man Bildschnitzereien, die sich gar nicht schildern lassen; zu den „harmloseren“ gehört ein riesiger Leib, der auf einem von einem Diener gezogenen Wagen liegt. In der Kirche zu Villefranche-de-Rouergue sieht man einen langohrigen Affen, der eine Dame umarmt. An solchen erbaulichen „Sujets“ fehlt es auch in Paris nicht. Man findet Schnitzereien dieser Art auf dem mittleren Portal von Notre-Dame, auf den Kapitälen von Saint-Germain de Prés usw. Das Volk amüsierte sich über den kühnen Naturalismus der Bildschnitzer und war auch nicht ein einziges Mal sittlich entrüstet.

Lokales.

Es wird anders in Berlin.

Schon seit längerer Zeit hat das Bestreben der Lehrer, in der Reichshauptstadt angestellt zu werden, merklich abgenommen. Von den zur Abhaltung von Lehrproben Eingeladenen erscheint immer nur etwa die Hälfte. So war es auch wieder am Dienstag. Von den vier, die diesmal in der 44. Gemeindeschule ihre Lehrprobe abhalten sollten, waren nur zwei erschienen. Vor zehn und mehr Jahren war das anders, da fehlte keiner. Die Tatsache, daß eine Wahl erst nach Ablegung einer Lehrprobe erfolgt, kann nicht als Grund für diese Erscheinung angegeben werden, denn diese Forderung wird überall, selbst schon bei Besetzung von Stellen auf manchen Dörfern gestellt. Man wird nicht fehl gehen, wenn man als Ursache die rückständigen Gehaltsverhältnisse der Reichshauptstadt ansieht. Berlin marschiert eben bezüglich seiner Lehrerbesoldung lange nicht mehr an der Spitze im Reiche. Den Schaden davon hat natürlich die Schule; denn um den Bedarf an Lehrern zu decken, wird man zu weniger guten männlichen oder weiblichen Kräften greifen müssen.

Städtische Verkehrsfragen.

Die städtische Verkehrsdeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner mit dem von uns schon veröffentlichten Bescheid des Ministers der öffentlichen Angelegenheiten über den Einspruch der Gemeinde Stralau gegen die von Berlin geplante Niveaukreuzung der Stralauer Allee beim Hafen am Stralauer Anger. Der Minister hatte den Einspruch für begründet erachtet. Die Verkehrsdeputation beschloß nach längerer Debatte, sich zunächst mit der Berliner Handelskammer und den Aeltesten der Kaufmannschaft, die für den Bau und Betrieb des Osthafens am Stralauer Anger eine Zinsgarantie übernommen haben, in Verbindung zu setzen, ehe ein weiterer Beschluß darüber gefaßt wird, unter welchen veränderten Bedingungen der Hafen gebaut werden soll.

Die Haftentlassung des Fürsten Eulenburg.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Beschluß der Strafkammer des Berliner Landgerichts I, durch den die Haftentlassung des Fürsten Philipp Eulenburg aus der Untersuchungshaft ohne Stellung einer Kaution angeordnet worden ist, Beschwerde beim Kammergericht eingelegt. Die Beschwerde richtet sich nicht gegen die Haftentlassung an, sondern dagegen, daß sie ohne Stellung einer Kaution erfolgt ist.

Fürst Eulenburg bleibt einstweilen in der Charité als Privatpatient. Sobald ihn die Aerzte für transportfähig erklärt haben werden, soll er entweder zunächst nach seiner hiesigen Wohnung und von dort nach Liebenberg, oder aber direkt nach Liebenberg gebracht werden. Die Aerzte hoffen, daß dies in etwa acht Tagen geschehen kann.

Der Herbst

hat heute mittag um 12 Uhr mit dem Eintritt der Sonne in das Himmelszeichen der Wage bei herrlichem Wetter seinen Einzug gehalten.

Die Garde kehrt zurück.

Nach zwei- und teilweise dreiwöchiger Abwesenheit kehren im Laufe des heutigen Abends und in der Nacht die Truppen aus den in der Uckermark abgehaltenen Manövern des Gardekorps wieder in ihre Garnisonorte zurück. Nach übereinstimmenden Nachrichten ist trotz der recht gewaltigen Anstrengungen und mehr als einem halben Dutzend Biwaks der Gesundheitszustand gut. Morgen ist Ruhetag. Am Freitag werden die Reservisten entlassen.

Zu dem Raubmord an dem Hausdiener Franke,

über den wir berichteten, wird mitgeteilt, daß der verhaftete Maler Albert Senger durch die weiteren Zeugenvernehmungen noch schwerer belastet worden ist. Obwohl der Ermordete niemals von einem Schloßverwalterposten bei dem Grafen Brühl gesprochen hatte, geht doch aus der Vernehmung seiner Brüder hervor, daß nur diese Stelle gemeint sein konnte. Franke erzählte seinem Bruder, der alte Graf sei nach der Mitteilung seines Freundes gestorben. Der junge wolle seine alte Dienerschaft entlassen, und so biete sich die Gelegenheit, den schönen Posten zu bekommen. Das Geld, das August Franke für die Bürgschaft mitnahm, bestand aus 300 Mark in Gold und 200 Mark in Papier. Er bewahrte es in einem leinenen Portemonnaiebeutel mit weißem Bügel auf. Ein solcher Beutel ist weder bei der Leiche noch in dem Nachlasse des Toten gefunden worden. Hätte ihn Franke nicht auf die verhängnisvolle Reise mitgenommen, so müßte er in seiner Wohnung sein. Ein solcher Beutel wurde nun in der Stube Sengers unter dessen Sachen gefunden; die Brüder Frankes erklären bestimmt, dies sei der Portemonnaiebeutel des Ermordeten.

Im Gegensatz zu den Behauptungen des Verhafteten bekunden dessen Wirtsleute, daß Senger in der Zeit vom 25. bis 29. August nicht in seiner Wohnung gewesen ist. Frau Sauer erinnert sich dieser Zeit so genau, weil Senger ihr aus Freude darüber, **daß er 900 Mark verdient habe, mehrere Pfund Karpfen von der**

Reise mitgebracht hatte, die sie am Sonntag nach seiner Ankunft zurecht machte und mit ihrer Familie aß. Vorkommnisse in der Familie bestärken diese Erinnerungen. Senger gibt jetzt zu, zweimal weggewesen zu sein. Seine erste Reise verlegt er aber auf acht Tage zurück. Bei dieser Gelegenheit will er in Kottbus auf dem Bahnhof übernachtet haben. Erst nach dem 2. September ist er nach Forst zu seiner Schwester gefahren. Seine erste Reise hatte er zunächst als eine Geschäftsreise nach Schneidemühl dargestellt. Der Verhaftete ist der Tat so dringend verdächtig, daß er heute der zuständigen Staatsanwaltschaft in Guben vorgeführt wurde.

Brandstiftungen in Wilmersdorf.

Es hat den Anschein, als ob jetzt in Wilmersdorf eine Brandstifterbande ihr Unwesen treibt. Nachdem die Wilmersdorfer Feuerwehr erst gestern nachmittag in der Holsteinischenstraße 53, Ecke der Gasteinerstraße, einen großen Dachstuhlbrand abzulöschen hatte, wurde sie heute vormittag nach der Uhlandstraße 116/117 gerufen. Als die Löschzüge nach der Brandstelle, die ganz in der Nähe der gestrigen liegt, eintrafen, stand bereits der gesamte Dachstuhl des Vorderhauses in Flammen. Auch ein Teil von den Dachstühlen der angrenzende Seitenflügel hatte Feuer gefangen. Der leitende Brandoffizier ließ sofort mit mehreren Schlauchleitungen eingreifen, um eine Ausdehnung des Feuers zu verhüten. Um die Mittagsstunde konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist völlig vernichtet, die Dachstühle der beiden Seitenflügel brannten nur teilweise nieder. Es wird mit aller Bestimmtheit Brandstiftung angenommen, zumal vor einigen Wochen in demselben Hause auf dem Boden böswillig Feuer angelegt worden war. Damals wurde die Gefahr aber rechtzeitig bemerkt und eine größere Ausdehnung des Feuers verhindert.

Im Eisenbahnzuge betäubt und beraubt wurde gestern abend der Referendar v. F. aus Koblenz, der sich auf einer Vergnügungsreise befindet. v. F. kam gestern abend von Dresden nach Berlin. Er hatte seine Ringe und Schmucksachen in seine Brieftasche gesteckt, die außerdem 1700 Mark enthielt. In Röderau stieg zu ihm um fünf Minuten nach 9 Uhr in das Abteil zweiter Klasse eine junge Dame ein und setzte sich ihm gegenüber. Die Reisende war fein, nicht übermäßig elegant gekleidet. Bald kam man ins Gespräch. Die Dame blieb dem Referendar gegenüber sitzen und beugte sich im Laufe der Unterhaltung mehrmals vor, wobei sie lachte. Das hatte, wie sich später ergab, einen besonderen Zweck. Schon auf der zweiten Station hinter Röderau wurde der Referendar von einer unbezwingbaren Schlafmüdigkeit befallen. So sehr er sich auch wehrte, er schlief bald ein und erwachte erst wieder, als der Zug in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof angekommen war und die Wagentür geöffnet wurde. Der Schaffner, der den Schlag aufmachte, merkte, daß dem Abteil ein häßlicher Geruch entströmte. Die Begleiterin des Referendars war verschwunden, und mit ihr die Brieftasche mit dem Geld und den Schmucksachen und die goldene Uhr und Kette. Der Beraubte erstattete Anzeige; er beschreibt die Reisebegleiterin als eine junge Dame mit hellblondem Haar und braunen Augen. Sie sprach Deutsch mit englischem Anklang.

Sittlichkeitsattentat gegen ein Kind. In Schöneberg spielte sich gestern eine aufregende Szene ab. Im Hause Königsweg 43 versuchte ein Unbekannter, an der siebenjährigen Tochter eines Zigarrenhändlers ein Sittlichkeitsverbrechen zu begehen. Als der Täter verhaftet werden sollte, zog er einen Revolver hervor und erschoß sich.

Juwelendiebstahl in einem Hotel. Ein Hoteldieb hat hier gestern in einem der größten Hotels mit Erfolg gearbeitet. Ein Kammerherr, der dort abgestiegen ist, machte mit seiner Familie einen Ausflug, von dem man getrennt heimkehrte. Die Damen kamen zuerst nach Hause. Sie wunderten sich, ihren Schlüssel, den sie beim Pförtner abgegeben hatten, hier nicht mehr zu finden. Die Tür aber war noch verschlossen. Während die eine Dame sich nach einem Bedienten umsah, klingelte und klopfte die andere. Aber niemand ließ sich hören oder sehen, bis plötzlich die Tür aufging und ein junger Mann an der Dame vorüberhuschte, im Flur um eine Ecke bog und verschwand. Jetzt sahen die Damen, daß ein Einbrecher bei ihnen gehaust hatte. Mit reicher Beute war er entkommen und spurlos verschwunden. Aus mehreren Behältern hatte der Dieb für etwa 8000 Mark Schmucksachen mitgenommen: eine Perlenkette mit Schloß im Werte von 5000 Mark, ein Paar Manschettenknöpfe mit Knebelkettchen und eine große Perle für 1200 Mark, einen Chemisettenknopf mit rosafarbener Perle, eine imitierte Perlenkette, ein goldenes geflochtenes Armband, Kopf mit kleinen Brillanten, eine Brosche mit einer Perle, ein hellledernes Zigarrenetui mit einem Wappen in Silber und Emaille, darüber eine goldene Sonne u. a. m.

Keine Cholera.

Wie aus dem Rudolf Virchow-Krankenhause berichtet wird, hat die bakteriologische Untersuchung in dem Falle der Gattin des russischen Staatsrates Grigolewsky aus Peterhof in Rußland, die dort am Montag unter dem Verdacht der Choleraerkrankung eingebracht worden ist, heute mit Sicherheit ergeben, daß es sich hier nicht um Cholera asiatica, sondern um einen Typhusfall mit besonderen Erscheinungen handelt. Frau Grigolewsky wurde daraufhin heute vormittag sofort aus der Cholerabaracke herausgeschafft und fand in einer anderen Baracke Aufnahme. Das Allgemeinbefinden der Patientin ist vorläufig zufriedenstellend. Professor Dr. Klemperer, der Frau Grigolewsky vor der Ueberführung nach dem Rudolf Virchow-Krankenhause in Behandlung hatte, begab sich, als ihm das Resultat der bakteriologischen Untersuchung mitgeteilt wurde, heute selbst an das Krankenlager seiner Patientin.

Die übrigen gleichzeitig mit Frau Grigolewsky im Rudolf Virchow-Krankenhause eingelieferten Personen sind sämtlich gesund, so daß voraussichtlich ihre Entlassung bald erfolgen kann.

Auch den gestern in die Infektionsabteilung des Rudolf Virchow-Krankenhauses eingelieferten Personen geht es heute gut. Der Arbeiter Koczypleida aus der Straße Am Schlesischen Bahnhof 5 und seine zwei Töchter sind vollständig gesund. Sie wurden nach dem Rudolf Virchow-Krankenhause gebracht, weil, wie wir bereits berichteten, die Frau Koczypleidas, die übrigens eine Ortsangehörige und keine Ausländerin ist, unter verdächtigen Symptomen gestorben war. Sie werden wahrscheinlich bald wieder entlassen werden.

Die Leiche der Frau Koczypleida

aus der Straße Am Schlesischen Bahnhof 5, die gestern nach dem Leichenschauhause gebracht worden ist, ist heute um 1 Uhr durch den zuständigen Kreisarzt Dr. Lindemann obduziert worden. Das Ergebnis steht bis zur Beendigung der bakteriologischen Untersuchung im Institut für Infektionskrankheiten aus. Die Todesursache ist vermutlich Brechdurchfall. Außer der Familie der Frau wurden die beiden Schlafburschen, die bei ihr wohnten, zur Beobachtung im Krankenhause untergebracht. Sie alle sind gesund, sie bleiben aber isoliert, solange die Todesursache der Frau noch nicht bestimmt festgestellt ist.

Im Schauhause sind sofort nach dem Auftreten der Cholera in Rußland wieder die notwendigen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Choleraverdächtige Leichen werden in einem besonderen Raume untergebracht und dort für die Obduktion sichergestellt. Alle Desinfektionsmittel sind bereitgestellt. Zur absolut sicheren Feststellung der Cholera ist in Todesfällen die Obduktion in der Regel erforderlich. Die bakteriologische Untersuchung genügt nicht immer. Die Untersuchung nach der Pfeiferschen Methode erfordert eine Züchtung der Bazillen in Reinkultur. Die Entwicklung nimmt bei einer Temperatur von 22 Grad immerhin 24 Stunden in Anspruch. Dazu kommt dann noch die umständliche mikroskopische Untersuchung.

Von anderer Seite wird noch berichtet: Was den Fall der verstorbenen Frau des Kohlenarbeiters Koszypleida am Schlesischen Bahnhof 5 anlangt, so liegt auch hier Grund zu einer Beunruhigung nicht vor. Das Ehepaar wohnte seit zwei Jahren dort und hatte, da es in ärmlichen Verhältnissen lebte, einen Raum an zwei Schlafburschen vermietet. Die Frau kränkelte seit drei Wochen, zog aber keinen Arzt zu Rate, da die Mittel hierzu fehlten. In den letzten Tagen hatte sie an Durchfall zu leiden, und da ihr plötzlicher Tod sich nicht ohne weiteres erklären ließ, wurde die nächste Unfallstation benachrichtigt, die aus Vorsicht dem Kreisarzt Meldung erstattete. Dieser traf dann die von uns bereits gemeldeten Sicherheitsvorkehrungen.

Kein Grund zu Beunruhigungen.

Angesichts der Beunruhigung, die in weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung durch die choleraverdächtigen Erkrankungen in Berlin hervorgerufen worden ist, hat sich der Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten, Geheimrat Professor Dr. Gaffky einem Berichterstatter gegenüber in folgender bemerkenswerter Weise geäußert:

Es liegt für das Publikum absolut kein Grund vor, sich zu beunruhigen. Fälle von asiatischer Cholera haben wir seit den letzten Jahren ständig in Berlin im Herbst zu verzeichnen gehabt, die ausnahmslos durch Gäste aus dem Osten eingeschleppt worden sind. Besondere Maßnahmen zu treffen, dürfte kaum in der Absicht der Regierung liegen, bevor nicht ein wirklich gefährliches Auftreten der Seuche von den Grenzbezirken her gemeldet wird, denn die Bestimmungen des Reichsseuchengesetzes sind bereits so scharf gefaßt, daß sie alle Eventualitäten vorsehen, Besonders die Ueberwachung der Stromgebiete und der Grenzbezirke ist auch zu gewöhnlichen Zeiten ziemlich scharf. Natürlich wird man es bei dem heutigen Stande des internationalen Verkehrs nicht hindern können, daß der eine oder andere Reisende, der bereits die Keime der Seuche in sich trägt, die Grenze ungehindert passiert, doch werden dies stets nur sporadische Fälle sein. Bei dem heutigen Stande der Wissenschaft und den getroffenen Vorkehrungen in Deutschland ist eine Choleraepidemie so gut wie ausgeschlossen, trotzdem damit nicht gesagt sein soll, daß eine ganze Reihe von Erkrankungsfällen unmöglich sind. Die Aufgabe der Behörde und namentlich der Sanitätsbehörde wird es daher sein, ein Umsichgreifen der Seuche in jedem einzelnen Falle zu verhindern, und dafür zu sorgen, daß die furchtbare Seuche auf ihren Herd beschränkt bleibt.

* * *

Unter choleraverdächtigen Erscheinungen ist in Budapest ein in einem Eisenbahnlager angestellt gewesener dreiundsiebzigjähriger Nachtwächter gestorben. Der Obduktionsbefund ist noch nicht bekannt.

Die Cholera in Rußland.

Nach einem Telegramm aus Petersburg erklären die Aerzte die Zunahme der Choleraerkrankungen durch die letzten zwei Feiertage, an denen nach alter Gewohnheit große Quantitäten Branntwein und rohes Obst konsumiert werden. Auch in mehreren Gymnasien sind Cholerafälle vorgekommen, worauf die betreffenden Anstalten zur Vermeidung weiterer Ansteckung sofort geschlossen wurden. Infolge einer Forderung der preußischen Behörden ist gestern ein sanitätsärztlicher Waggon nach Wirballen abgegangen, um die Quarantäne aller Reisenden einzuführen. In Finland sind die umfassendsten Maßregeln gegen die Einschleppung von Cholera getroffen worden. Auf allen Stationen von Petersburg nach Wiborg sind Aerzte angestellt worden und mit jedem Zuge fahren barmherzige Schwestern, um den Erkrankten die erste Hilfe zu leisten.

Kleine Chronik.

Ein pestverdächtiges Schiff auf der Elbe.

Auf einem in Aussig in Böhmen auf der Elbe eingetroffenen Frachtschiff ist eine an Pest verendete Ratte gefunden worden. Das Schiff wurde unter Quarantäne gestellt.

Mit dem Automobil in den Rhein-Rhone-Kanal. Aus Belfort wird gemeldet: Der Unterpräfekt von Semur, Grosjean, stürzte mit seinem Chauffeur bei einer Automobilfahrt in den Rhein-Rhone-Kanal. Beide ertranken.

INDUSTRIE · HANDEL · BÖRSE

Von der Börse. Hatte auch New-York für die Werte, in denen die Hauptumsätze an der Wallstreetbörse getätigt zu werden pflegen, abermals und teilweise sogar erheblich niedrigere Notierungen gesandt, so war doch andererseits eine Anzahl von Werten und unter ihnen auch die an der Berliner Börse notierten amerikanischen Eisenbahnaktien mit Avancen aus dem Verkehr hervorgegangen. Dies machte bei Beginn des hiesigen Verkehrs einen immerhin guten Eindruck auf die Börse, deren Hauptmerkmal wie schon in der letzten Zeit auch heute wieder die innere Widerstandsfähigkeit war. Im Verlaufe wirkten höhere Londoner Notierungen, der Rückgang des Privatdiskonts und die durchweg feste Haltung des Kassaindustrieaktienmarktes günstig auf den Verlauf der Börse ein.

Kurse gegen 3 Uhr.

Kreditaktien	202,25	Kanada	169,00	Nordd. Lloyd	90,00
Wien. Bankverein	—,—	Pennsylvania	—,—	Hmb. Paketfahrt	108,00
Länderbank	—,—	Orientbahn	113,80	Hansa	—,—
Franzosen	149,00	Anatolier	—,—	Gr. Berl. Strassb.	—,—
Lombarden	22,60	Mittelmeerbahn	77,75	**Im freien Verkehr per Cassa.**	
Diskonto	177,75	Meridionalbahn	131,50		
Deutsche Bank	239,12	Gotthardbahn	—,—	Laurahütte	210,75
B. Handelsges.	167,80	3% d. Reichs-Anl.	84,20	Dortmunder	61,25
Dresdner Bank	147,62	Russ. Anleihe 1902	82,87	Bochumer	225,60
Darmstädt. Bank	127,62	Spanier	—,—	Gelsenkirchen	198,12
Nationalbank	119,25	3% Portugiesen	62,60	Harpener	207,25
Schaaffh. Bankv.	137,70	4½% Chinesen	—,—	Consolidation	—,—
Komm.-u.Disk.-B.	109,12	Japaner	91,80	Deutsch-Lux. Vrz.	159,25
Russische Bank	131,00	Unif. Türken	—,—	Rhein.Stahlwerke	174,30
Lübecker	—,—	Türkenlose	146,00	Hohenlohe-Werk	—,—
Prince Henri	—,—	Buenos	—,—	Phönix	184,90
Warschau-Wien	—,—	5% Argentinier	—,—	Edison	227,75
Baltimore	97,10	Dynamit-Trust	160,25	Rombach	—,—

Siemens u. Halske 199,60. Deutsch-Uebersee —,—.

△ **Berliner Produktenbörse.** Verstimmt durch die schwache Haltung an den amerikanischen Börsen und die Zunahme der Weizenbestände laut Bradstreet schritt die Unternehmungslust zu Abgaben, die noch durch Realisationsaufträge aus der Provinz vergrössert wurden. Infolgedessen war die Tendenz für Roggen und Weizen schwach, um so mehr als auch der Exportverkehr nachgelassen hat. Dadurch wird das inländische Angebot grösser, während gleichzeitig die Erwartung stärkerer Andienungen von Roggen im Oktober hemmend auf die Kauflust wirkt. Im Lieferungsgeschäft verlor Weizen zirka ¾ M. bis 1¾ M. und Roggen zirka 1¾ M. bis 1½ M. Das Hafergeschäft verlief am Lokomarkte ruhig bei behaupteten Preisen. Im Lieferungsgeschäft war die Stimmung schwächer. Gerste und Mais hatten gestrige Preise. Mehl war bei ermässigten Forderungen vernachlässigt. Die Stimmung für Rüböl war bei überwiegendem Angebot schwach.

Am Frühmarkt wurden notiert: Weizen, inländ. 204—207 ab Bahn und frei Mühle. Roggen, inländ. 174,00—177,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburg., pommerscher, preussischer, posenscher und schlesischer fein 177—184, mittel 168 bis 176, gering 165—167 ab Bahn und frei Wagen. Mais runder 168,00 bis 178,00. Bulgaren-Mais 176—179 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 164—172, gute 173—182, russ. und Donau leichte 145—148, schwere 150—158 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware, mittel 183—197, Taubenerbsen 200—215 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 26,25—30,00. Roggenmehl 0 u. 1 22,50 bis 24,70. Weizenkleie 10,75—11,75. Roggenkleie 11,25—12,25 M.

An der Mittagsbörse wurden notiert: Weizen inländischer 204—206 ab Bahn, September 209—208,75, Oktober 208—207,50—208, Dezember 209,50,—209—209,50, Mai 211,75—211,50—212,25. Roggen inländ. 174—175,50 ab Bahn, hier stehende Ladung 176,50, September 179, Oktober 179,25—178—178,75, Dezember 183,50—182,50—183,25, Mai 188,25 bis 188—188,50. Hafer Sept. 166,75, Oktober 166,75 Dezember 168,75 bis 168,25, Mai 171,25—170,50. Mais September 168 bez. u. Geld, Weizenmehl 00 26—29,50. Roggenmehl 0 und 1 22,30—24,60, Dezember 22,90, Rüböl Oktober 62,8—62,7—63—62,9, Dezember 62,5 bis 62,2—62,5—62,3 Mark.

Preise um 2½ Uhr. (Nichtamtlich.) Weizen Septbr. 209,00, Okt. 208,00, Dez. 209,50, Mai 212. Roggen Sept. 179, Oktober 178,75, Dezember 183,25, Mai 188,50. Hafer Septbr. 166,50, Oktober 166,50, Dezember 168,25, Mai 170,75. Mais September 168,00, Oktober 166,00, Mehl Oktober 22,80, Dezember 23,00. Rüböl Oktober 63,1, Dezember 62,4 M. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 20—20,50.

Magdeburg, 23. Sept. Zuckerbericht. Kornzucker 88 Grad ohne Sack —,—. Nachprodukte 75 Grad ohne Sack — bis —. Stimmung: Ruhig. Brodraffinade 1 ohne Fass 19,75—20. Krystallzucker I mit Sack —,—. Gem. Raffinade mit Sack 19,50—19,75. Gem. Melis I. mit Sack 19,00—19,25. Stimmung: Stetig. Rohzucker 1 Prod. Trans. frei an Bord Hamburg per September 19,90 Gd., 20,10 Br., per Oktober 19,30 Gd., 19,35 Br., per Okt.-Dez. 19,30 Gd., 19,35 Br., per November-Dezember 19,25 Gd., 19,35 Br., per Januar-März 19,60 Gd., 19,70 Br. Tendenz: Behauptet.

Metalle. London, 22. September. Standardkupfer stetig, 59⅛ Lstrl., per 3 Monat 59⅞ Lstrl. Kupfer, Best selected 63¾ Lstrl., do. Electrolytic 62¾ Lstrl. — Zinn stetig, Straits 130¾ Lstrl., per 3 Monat 132⅛ Lstrl. — Blei träge, spanisch 13⅛ Lstrl., do. englisch 13½ Lstrl. — Zink stetig, gewöhnliche Marke 19⅞ Lstrl., do. spezielle Marke 20¾ Lstrl.

Städtischer Schlachtviehmarkt.

Berlin, 23. September. Zum Verkauf standen: 501 Rinder, 2692 Kälber, 1573 Schafe, 13,517 Schweine. Bezahlt wurden für 50 Kg. Schlachtgew. in M.: Ochsen —,—, —,—. Bullen —,—. Kühe —,—, —,—. Kälber: feinste Kälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 93—100, mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 84—89; geringe Saugkälber 48—53. Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 78—80, ältere Masthammel 71—75, mässig gen. Hammel und Schafe (Märzschafe 61—66. Schweine: für 100 Pfd. 20 pCt. Tara: vollfl. der feineren Rassen und deren Kreuzungen 65; fleischige 63—64, gering entwick. 60—62; Sauen 60. Verlauf und Tendenz: Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 200 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich glatt. Ausgesuchte Kälber brachten Preise über Notiz. Bei den Schafen fand annähernd die Hälfte des Auftriebes Absatz. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde geräumt. Für ausgesuchte Schweine zahlte man Preise über Notiz.

Konkurse.

Berlin: Kfm. Arthur Friedrich Jacoby, Alte Jakobstr. 92. Verw. Guillemot, Lessingstr. 2. Anmeldefrist bis zum 26. Oktober 1908.

Letzte Nachrichten.

Groß-Rominten, 23. September. Das **Kaiserpaar** ist mit der Prinzessin Viktoria Luise um 10 Uhr vormittags hier eingetroffen und begab sich im Automobil zum Jagdhaus Rominten.

Schleswig, 23. September. Wie die „Schleswiger Nachrichten“ mitteilen, hat der Bezirksausschuß den Antrag des **Bürgermeisters Schücking** in Husum auf Verlegung des in der Disziplinarsache angesetzten Verhandlungstermins genehmigt und den **neuen Termin auf den 10. November d. J.** anberaumt.

Brünninghausen, 23. September. In dem hiesigen Steinbruch Nesselberge sollte gestern ein großer Felsblock abgesprengt werden. Er stürzte aber unversehens herab und **begrub zwei Arbeiter unter sich.** Die Leichen der Verunglückten sind noch nicht geborgen.

Budapest, 23. September. Das **bulgarische Fürstenpaar** ist heute vormittag hier eingetroffen und begab sich nach der Ofener Hofburg, wo es vom Könige Franz Josef begrüßt wurde. Anläßlich des Besuches des Fürstenpaares sind der bulgarische Geschäftsträger in Wien und der österreichisch-ungarische Geschäftsträger in Sofia hier eingetroffen.

Konstantinopel, 23. September. Hiesigen türkischen Blättern zufolge erhielt der englische diplomatische Vertreter in Sofia den Auftrag, auf die Beilegung des **Zwischenfalls Geschow** hinzuarbeiten.

New-York, 23. September. Auch Präsident Roosevelt hat jetzt das Wort ergriffen in dem **Streite** zwischen Hearst und dem republikanischen Senator Foraker, den jener beschuldigte, Geld angenommen zu haben, und seinen Einfluß zur Verhinderung einer trustfeindlichen Gesetzgebung zu verwenden. Roosevelt veröffentlicht einen Brief, welcher den demokratischen Gouverneur von Oklahoma Haskell beschuldigt, ein Werkzeug des Oeltrusts zu sein. Bryan hat Roosevelt nun aufgefordert, seine Anschuldigungen zu beweisen, da er nicht zulassen könne, daß der demokratische Feldzug in ein schiefes Licht gebracht werde.

Witterungsbeobachtungen in Berlin. 23. Sept. 1908.

September	Luftdruck in 60 m Seehöhe (mm)	Temp. Cels.	Windrichtung und Stärke 0—12	Bewölkg. 0—10	Luftfeuchtigkeit in %
22. 9 Uhr abends	760,7	17,5	O 3	0	50
23. 7 Uhr vorm.	759,7	7,9	O 3	0	65
23. 2 Uhr nachm.	758,2	18,2	O 3	0	45

22. September. Höchste Temperatur 18,5° C. Niedrigste Temperatur 6,8° C. Tagesmittel 12,8° C. Normales Tagesmittel 12,9° C.

Wetter in Deutschland. Bei langsam abnehmendem Luftdruck und schwachen östlichen Winden ist das Wetter im größten Teile Deutschlands trocken geblieben. Nur an der linken Rheinseite haben am gestrigen Tage und heute nacht geringe Regenfälle stattgefunden, doch hat sich nordöstlich der Oder, ebenso wie im Südwesten, der Himmel größtenteils bewölkt. Die Temperaturen stiegen gestern im Osten etwas höher, im Westen ungefähr ebenso hoch wie in den letzten Tagen empor und liegen morgens an den meisten Orten in der Nähe von 10 Grad C.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Trocken und vielfach heiter, zeitweise nebelig, am Tage mild bei schwachen östlichen Winden.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Südwesten vielfach Regen, sonst überall trocken, an freigelegenen Stellen im Osten leichter Nachtfrost.

Stationen	Luftdruck am Meeresspieg. mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur (C.°)	Stationen	Luftdruck am Meeresspieg. mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur (C.°)
Borkum	763	OSO leicht	wolkl.	10	Valentia	759	NW stark	bedeckt	12
Keitum	766	OSO f. leicht	bedeckt	10	Scilly	758	S frisch	wolkig	13
Hamburg	765	OSO mäßig	wolkl.	10	Aberdeen	763	OSO f. leicht	bedeckt	12
Swinemünde	766	OSO leicht	heiter	10	Island	760	Windstille	Dunst	8
Rügenwaldm.	768	OSO leicht	h. bed.	8	Faröer	762	Windstille	Dunst	10
Neufahrwass.	768	Windstille	wolkig	10	Christiansd.	768	Windstille	Nebel	8
Memel	768	O leicht	bedeckt	11	Kopenhagen	767	OSO f. leicht	h. bed.	11
Aachen	761	OSO f. leicht	bedeckt	13	Stockholm	769	Windstille	Nebel	7
Hannover	764	O mäßig	wolkl.	8	Haparanda	765	SW leicht	heiter	5
Berlin	765	SO schwach	wolkl.	9	Petersburg	766	WNW f. leicht	Nebel	10
Dresden	765	SO leicht	wolkl.	7	Wilna	768	Windstille	bedeckt	10
Breslau	766	SO leicht	wolkl.	8	Lemberg	766	NO sehr leicht	bedeckt	10
Bromberg	767	O leicht	wolkig	8	Wien	765	Windstille	wolkl.	8
Metz	761	O leicht	Nebel	12	Triest	761	ONO mäßig	wolkl.	17
Frankfurt	763	NO sehr leicht	bedeckt	10	Vlissingen	761	OSO leicht	Nebel	14
Karlsruhe	762	NO sehr leicht	bedeckt	10	Cherbourg	758	SO leicht	Regen	15
München	764	O leicht	Nebel	6	Paris	760	S sehr leicht	bedeckt	15
Zürich	763	W sehr leicht	Regen	13	Nizza	762	Windstille	heiter	16
Säntis	564	WSW leicht	bedeckt	2	Rom	761	N leicht	wolkl.	12
Genf	763	W leicht	wolkig	11	Brindisi	761	W leicht	wolkl.	18

Sonnenaufgang 5 Uhr 50 Min. **Mondaufgang** 4 Uhr 05 Min. V.
Sonnenuntergang 5 Uhr 53 Min. **Monduntergang** 6 Uhr 02 Min. N.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Siegerist in Steglitz; für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Dr. Johannes Staniek in Berlin.

Berliner Börse, 23. Sept. 1908

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: *1* 1.Jan. *4* 1.Apr. *7* 1.Juli *O* 1.Okt. *a* 1.1.7. *d* 1.4.10. *g* 15.3.9. *k* 15.6.12. *q₁* quartaliter 1.1.4.7.10. *2* 1.Fbr. *5* 1.Mai *8* 1.Aug. *N* 1.Nov. *b* 1.2.8. *e* 1.5.11. *h* 15.4.10. *l* 11.6.12. *q₂* do. 1.2.5.8.11. *3* 1.Mrz. *6* 1.Juni *9* 1.Sept. *D* 1.Dez. *c* 1.3.9. *f* 1.6.12. *i* 15.5.11. *v* versch. *q₃* do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta = 80 Pf. — österr. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4½, Lombardzinsfuss 5½, Privatdiskont 3¼%.

Nachdruck verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.			
Dt. Rchs-Sch	v	4	99.75bG
do. 1912	a	4	99.75G
fäll. 1.10.08	d	3½	100.20G
fäll. 1.4.09	d	3½	100.00G
Pr. Schatz 12	a	4	99.75bG
Dt. Rchs-Anl.	v	3½	92.30bG
do. do.	d	4	100.30bG
do. do.	v	3	84.10G
Dt. Schutzg.	a	4	99.50bG

Schönb. 04	d	3½	90.10bG
Schwerin i. M.	a	3½	90.00G
Spandau 91	d	4	—.—
Spandau 95	d	3½	—.—
Stargard i. P.	d	3½	—.—
Stendal 01	d	4	—.—
do. 03	d	3½	90.00G
Stettin	a	3½	90.00G
do. 1904	d	3½	89.90B
Teltow, Kreis	d	4	99.00bB

Russ. Goldrt.	a	5	—.—
do. Gold A. 89	q₁	4	—.—
do. do. 94	q₁	4	—.—
do. do. 94	q₁	3½	—.—
do. do. 96	q₃	3	—.—
Rss. c. EBA. II	q₁	4	86.00b
Russ. EBA. 02	a	4	83.25b
do. 1905	a	4½	96.75bG
Russ Staatsrt	c	4	76.75b

Neue Stett. D.	1	1	45.00b
Schl. Dpf. Co.	1	4	75.00b
V. Elbe Saale	1	8	113.00B
Eisenbahn-Prior.-Obligat.			
Halle-Hettst.	d	4½	—.—
Halb. Blnk. 34	a	3½	88.60b
do. 1895/03	a	3½	88.10b

Mittd. Bd. VI 15	d	3½	97.90bG
do. Grndr.-B.	a	4	97.75G
do. do.	d	3½	90.00G
Nordd. Grdcr. III IV u. V	a	4	96.00bG
do. VI.	d	4	96.30bG
do. X. XI.	a	4	97.25G
do. XII. u. 12	d	4	97.00bG
do. XIV.	a	3½	92.50G
do. XV. u. 15	d	4	97.60bG
do. XVI. u. 17	a	4	98.00G

Jeseen Kali	a	*4½	—.—
Kaliw. Aschrl.	f	*4	97.00G
Kattow. Bgw.	d	*3½	92.00G
Kn. Marienh. 5	a	*4½	97.25G
König Wilh. 2	a	4½	100.75B
do. uk. 1910	a	*4	—.—
Krupp-Ohlig	a	*4	—.—
Lahm. & Co. 3	d	4½	99.40B
Laurahütte	a	*4	97.50B

Ctb. (Ebw. 03)	a	4	95.75bG
Dtsch. Ans. B.	a	4	93.25G
Landb. Obl. 3	a	4½	98.90G
B. f. Brnt. Eb. 0	a	4	—.—
Brauerei-Aktien			
Berliner			
Brl. Unionsbr.	O	5	98.00bG
Bock, cv. u. n.	O	7	107.50bG
Böhm. Brauh.	1	5	115.00bG
Bolle Wb. abg.	O	4	110.50G

Cart. Loschw.	7	19	271.00G
1601-2600	7	9	149.00G
Cassel Fedst.	1	12	196.50G
Charlottenb.	7	8	116.50bG
Charl. Wass.	O	14	284.50b
do. junge	—	—	274.00bB
Buckau	1	12	180.00B
do. St.-Pr.	1	12	190.50G
Griesh. El.	1	14	244.50G
Grünau	1	10	151.75G
v. Heyden	1	10	154.25G

Kapler Masch.	1	4	80.75G
Kattowitz. Bg.	4	14	231.00bG
Keula Eisen	7	7	90.75G
Keyling & Th.	1	8	129.90G
Kirchner & C.	1	15	201.90B
Klaus. Sp. ab	1	8	75.25bB
Köhlmann St.	O	18	325.25G
Koll. & Jourd.	5	15	241.00bG
Kölsch Walz.	7	5	104.60b
Kg. Wilh. cv.	1	20	277.90B
do. do. Pr.-A.	1	25	360.00G

Sch. El. u. Gas	1	9	161.00bB
do. do. B.	1	9	159.75G
do. Kohlen	7	0	14.25bG
do. Ln. Krmst	9	9	131.50G
do. Ptl. Cem.	1	12	155.50b
Schf. Schulte	7	10	129.50bG
H. Schneider	1	7	138.50G
Schöll. Eit. Kg	5	0	84.00B
Schomburg	O	10	149.75bG
Schöneb. Frt.	4	12	179.00bG
Schöneb. Allee	1	frc.	665.00G

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) beziehen sich die ...